

Zu: Bernhard Frey (Hrsg.)

Herausforderung demografischer

Wandel. Wiesbaden: VS

Viel Spaß bei der Lektüre!

2004: 95-25

I Demographische Prozesse

1 Bevölkerungsentwicklung in Deutschland

Die Bevölkerung schrumpft, altert und wird heterogener

Gert Hullen

Schrumpfung, ethnisch-kulturelle Heterogenisierung, Alterung, Vereinzelung und regionale Disparitäten – das sind wichtige Stichworte zur gegenwärtigen Entwicklung der Bevölkerung. Die Probleme zeigen sich schon jetzt, und sie werden sich noch verschärfen. Die künftige ältere Generation wird Mangelstitionen erleben, die jüngere Generation stärker belastet.

Die künftige Größe und Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland sind vorgezeichnet durch die niedrige Geburtenzahlen der letzten Jahrzehnte und die gestiegene Lebenserwartung. Andere Phänomene sind auf eigene Entscheidungen der Bevölkerung zurückzuführen. Sieht man vom Geborenwerden und Sterben ab, bestimmen die Personen idealiter selbst über die grundlegenden demografischen Prozesse, also über die biologische Reproduktion, ihre Partnerschaften, ihren privaten Haushalt und Wohnort.

1 Schrumpfung

Die Bevölkerung Deutschlands ist mit mittlerweile über 82 Millionen so groß wie nie zuvor. Die jährliche Zahl der Geburten liegt seit Jahrzehnten unter der Zahl der Sterbefälle, dies wurde aber mehr als ausgeglichen durch die Zuwanderung aus dem Ausland (1991: 734 Tausend Lebendgeborene, 829 Tausend Gestorbene, Wanderungsüberschuss 273 Tausend, davon 84 Tausend Deutsche und 188 Tausend Ausländer). Wenn allerdings, und dies ist wahrscheinlich, die Geburtenzahl weiter sinkt und die Zuwanderung auf dem jetzigen Niveau bleibt, wird die Bevölkerung spätestens ab 2020 schrumpfen.

In der im Juni 2003 veröffentlichten 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes wurden verschiedene Annahmen über die Geburtenhäufigkeit, die Sterblichkeit und die grenzüberschreitende Zuwanderung gesetzt. Damit wird die Bandbreite dessen umrissen, was Experten für möglich halten (Statistisches Bundesamt 2003):

1. Es wird angenommen, dass die zusammengefasste Geburtenziffer bei ungefähr 1,4 Kindern pro Frau bleibt – wie im Westen seit dreißig Jahren. Dieses

im internationalen Vergleich sehr niedrige Niveau werde sie wohl nicht unterschreiben. Ein dauerhafter Anstieg wird aber ebenso wenig für realistisch gehalten. Vertreter einer höheren Fertilität halten neben familienpolitischen Maßnahmen deshalb auch ein grundsätzliches Umdenken zur Bedeutung von Elternschaft und Familie für notwendig (vgl. Kap. 4 in diesem Band sowie Birg 2001).

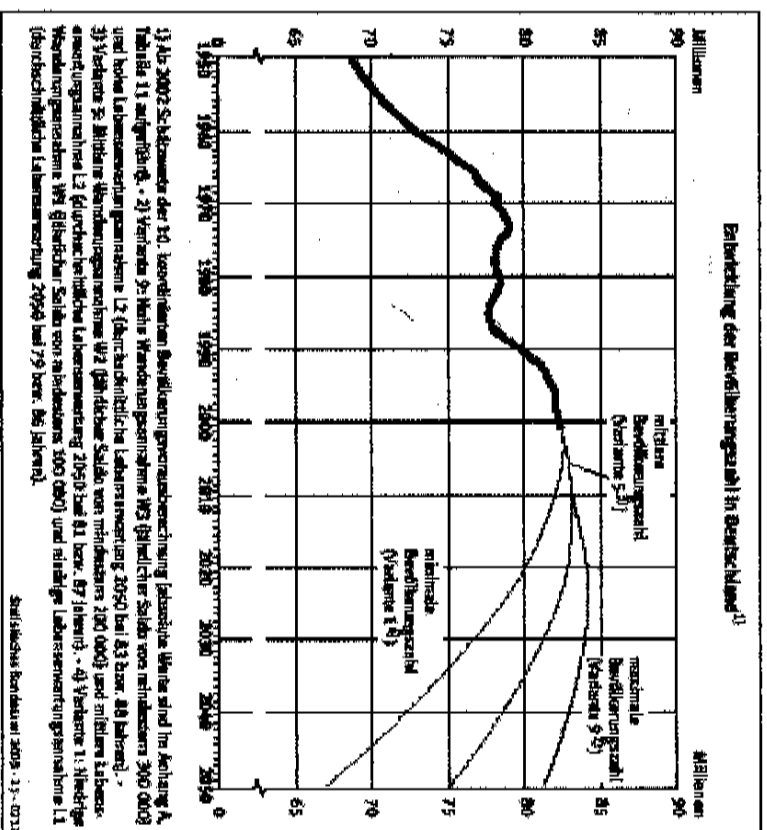
2. Zur künftigen Entwicklung der Mortalität gibt es drei Annahmen: ein Absinken auf die international heute bereits erreichten niedrigsten Sterbewahrscheinlichkeiten (L1), eine Abnahme der Sterbewahrscheinlichkeit im Tempo der letzten dreißig Jahre (L3) und eine Abschwächung des Anstiegs der Lebenserwartung (L2). Die Lebenserwartung der Männer steigt unter diesen Annahmen bis zum Jahr 2050 von heute 74,8 Jahren auf 78,9 oder 81,1 oder 82,6 Jahre, die der Frauen von heute 80,8 auf 85,7 oder 86,6 oder 88,1 Jahre.

3. Ein jährlicher Wanderungsüberschuss von 100 Tausend bis 200 Tausend Personen wird für möglich gehalten (W1 und W2), was dem langfristigen Durchschnitt der Außenwanderungen von Ausländern entspricht, und aber auch eine Erhöhung auf jährlich 300 Tausend ausländische Personen ab dem Jahr 2011 (W3). Mit der letzten Prognosevariante wird der nicht unumstrittenen Erwartung nachgekommen, dass Deutschland zukünftig mehr Zuwanderer brauche. Bei der Zuwanderung von Deutschen, das sind die Spätaussiedler und ihre Familien, wird angenommen, dass sie von gegenwärtig jährlich 80 Tausend stetig abnimmt, um im Jahr 2040 völlig zu verschwinden.

Der Zahl der alternativen Annahmen entsprechend ergeben sich neun Ergebnisvarianten der Modellrechnungen, denen man natürlich eine weitere Variante hinzufügen kann, in der es keinen Wanderungsüberschuss und keine Erhöhung der Lebenserwartung gibt:

„Die mittlere Variante (Variante 5) ergibt für 2050 noch 75 Millionen Einwohner. Bei niedrigerer Zuwanderung (Variante 4) sinkt die Bevölkerung auf 68,5 Millionen, bei höherer Zuwanderung (Variante 6) dürfte sie 80 Millionen betragen. Die geringste Bevölkerungszahl ergibt sich bei Annahme geringerer Wanderungen und geringerer Erhöhung der Lebenserwartung mit 67 Millionen (Variante 1), die höchste bei hoher Zuwanderung und hoher Lebenserwartung mit 81 Millionen (Variante 9). Bei hoher Zuwanderung und hoher Lebenserwartung dürfte zeitweise auch eine etwas höhere Bevölkerungszahl als heute erreicht werden. Bei einem ausgeglichenen Wanderungssaldo und einer im Vergleich zu heute unveränderten Lebenserwartung würden hingegen im Jahr 2050 in Deutschland nur noch etwa 54 Millionen leben.“ (Statistisches Bundesamt 2003: 29-30; Abb. 1)

Abbildung 2: Gegebene und vorausberechnete Bevölkerung (Statistisches Bundesamt 2003)



Anders als in Deutschland sowie in Schweden und Griechenland gab es in den anderen Ländern der Europäischen Union im Jahr 2001 sogar noch gestiegene natürliche Bevölkerungszuwächse.

„Das natürliche Wachstum hat in der EU trotz leicht gesunkener Geburtenzahlen im Jahr 2001 generell zugenommen, vor allem wegen des Rückgangs der Zahl der Todesfälle in allen EU-Mitgliedstaaten außer in Dänemark und Schweden, wo die Zahl der Todesfälle leicht steigt. Allerdings ist der natürliche Wachstumsaldo in Deutschland (-1,1 Promille), Schweden (-0,3 Promille) und Griechenland (-0,1 Promille) weiterhin negativ. Somit hätten diese drei Länder ohne positive Nettozuwanderung einen Rückgang ihrer Bevölkerung zu verzeichnen. Italien verzeichnet im Gegensatz zu den letzten Jahren einen positiven natürlichen Wachstumsaldo (+0,1

Promille), insbesondere aufgrund des starken Rückgangs der Todesfälle. Dieser Zuwachs ist auch in Irland stark ausgeprägt, wo das natürliche Wachstum, das höchste in der EU, nimmerehr bei 7,3 Promille liegt (gegenüber 6,1 Promille im Jahr 2000), sowie in Spanien (1,4 Promille gegenüber 0,9 Promille) und in Frankreich (4,2 Promille gegenüber 4,0 Promille)" (Europäische Kommission / Eurostat 2002: 46).

2 Heterogenisierung

Nach dem Krieg kamen zwölf Millionen Flüchtlinge vor allem aus verlorenen Gebieten des Deutschen Reiches in das heutige Bundesgebiet, danach, verstärkt nach dem Mauerbau im Jahr 1961, wurden über zwei Millionen ausländische Arbeitskräfte aus Südamerika, Nordafrika und der Türkei aufgenommen. Auch nach dem Anwerbestopp von 1973 gab es regelmäßig positive Wanderungssalden aufgrund des Familiennachzugs, der Aufnahme von Zuwanderern aus humanitären Gründen (Pflichtlinge, Asylbewerber, ethnisch diskriminierte) und – mit dem kommunistischen Machtbereich (Spätaussiedler). Solange das Staatsangehörigkeitsrecht dem ins sanguinis folgte, nahm die ausländische Wohnbevölkerung darüber hinaus durch ihren Geburtenüberschuss zu. Das neue Recht mit der dem Geburtsort folgenden Staatsangehörigkeit und erleichterte Bedingungen der Einbürgerung führen jetzt vor allem in den jüngsten Altersgruppen zu abnehmenden Ausländerzahlen.

Die ausländische Bevölkerung in Deutschland zählt heute 7,3 Millionen, was einem gegenüber dem Vorjahre unveränderten Bevölkerungsanteil von 8,9 Prozent entspricht. Mehr als ein Viertel (1,9 Millionen) hat die türkische Staatsangehörigkeit, die nächstgrößten Gruppen sind Zuwanderer aus Jugoslawien und seinen Nachfolgestaaten bzw. aus Italien. Die durchschnittliche Nettozuwanderung in den letzten 40 Jahren lag bei 164 Tausend. In den Jahren der stärkeren Rückführung von Bürgerkriegsflüchtlingen (1997/98) fiel sie sogar negativ aus. Von 1999 bis 2002 waren es durchschnittlich 137 Tausend Personen weniger als im langjährigen Mittel.

Auch die Zahlen der Asylsuchenden waren rückläufig (2002: 71 Tausend). Die bedeutendsten Herkunftsländer waren der Irak (10 Tausend), die Türkei und das frühere Jugoslawien.

Seit 1988 reisten rund drei Millionen Spätaussiedler und deren Angehörige in die Bundesrepublik Deutschland ein, besonders viele in 1989 (377 Tausend) und 1990 (397 Tausend). Seit einigen Jahren ist ein kontinuierlicher Rückgang zu verzeichnen, der auf die natürliche Verminderung der Deutschstämmigen und auf erhöhte Anforderungen zur Ausweisung zurückzuführen ist. Seit dem Jahr 2000 liegt die Zahl der Aussiedler wie bis 1987 wieder unter 100 Tausend (2003

1 Bevölkerungsentwicklung in Deutschland

72 Tausend). Kamen sie früher vor allem aus Polen und Rumänien, stammt die überwiegende Mehrheit heutzutage aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

In den oben dargestellten Bevölkerungsvorabschätzungen wurde eine jährliche Nettomigration zwischen 100 und 300 Tausend angenommen. Ein Zuwachs der gesamten Bevölkerung von jährlich um 0,3 Prozent ist erst einmal nicht besorgniserregend, ja nach Sichtweise sogar notwendig oder unausweichlich. Andererseits gibt es eine deutliche Veränderung der Bevölkerungsstruktur, da die residente Bevölkerung ja schrumpft.

Dem Bielefelder Demografen Herwig Birg zufolge wird der Anteil der Zuwanderer, worunter er die im Jahr 1998 als Ausländer registrierte Bevölkerung und ihre Nachkommen versteht, von 1998 bis 2030 von 9,0% auf 19,6% und bis 2050 auf 27,9% zunehmen (Birg 2003: 13). Die Berechnung berücksichtigte nicht, dass ein zunehmender Anteil der Personen mit Migrationshintergrund die deutsche Staatsangehörigkeit hat.

Auf jeden Fall tragen diese großen Bevölkerungsgruppen, deren Migrationshintergrund ja auch dann bleibt, wenn sie in Bildung und Beruf integriert sind und den deutschen Pass haben, zur ethnischen und kulturellen Vielfalt bei; die Kehrseite ist die Ethnifizierung von Konflikten.

3 Alterung

Die heute um 40-jährigen, geboren in den 60er Jahren, sind derzeit die stärksten Alterskohorten in Deutschland. Die jüngeren Kohorten fallen um so schwächer aus, je jünger sie sind. 2001 lag der „Altenquotient“ bei 44, das heißt 100 Menschen im Alter von 20 bis 59 Jahren standen 44 Menschen im Alter von 60 Jahren und mehr gegenüber. Noch 1999 betrug dieser Quotient 41 und 1995 37. Den Modellrechnungen zufolge ist ein weiterer rasanter Anstieg zu erwarten:

„Die langfristige Betrachtung zeigt einen weiteren erheblichen Anstieg des Altenquotienten. Nach der mittleren Variante der Voransberechnung (Variante 5) würde der Altersquotient bis 2030 auf 71 empor schnellen und bis 2050 weiter bis auf 78 steigen.“ (Statistisches Bundesamt 2003: 33)

Bereits begonnen wurde eine grundlegende Reform der Alterssicherung, denn das bisherige Umlageverfahren (die Erwerbstätigen bringen die Mittel zur Zahlung der Renten der nicht mehr Erwerbstätigen auf, außerdem tragen sie den Aufwand für die heranwachsende Generation) würde zu einer immer stärkeren Belastung der Erwerbstätigen führen. Der Transfer von der jüngeren zur älteren Generation soll an Gewicht verlieren, die Eigenvorsorge verstärkt werden. In die Rentenformel, die sowohl die Anpassung der Bestandsrenten an die allgemeine

Wirtschaftsentwicklung als auch das jeweilige Renteniveau bei Rentenbeginn regel, wird ein sogenannter Nachhaltigkeits- oder Demografiefaktor eingeführt. Als Quotient aus der Veränderung der Zahl der Rentner und der Veränderung der Zahl der Beitragszahler fällt er zu einem Viertel minimierend in die Berechnung der Rentenanpassung ein, während drei Viertel zu Lasten der Beitragszahler und des Bundeszuschusses gehen.

So wie die gesamte Bevölkerung „altert“ auch die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, d.h. dass es mehr ältere Arbeitnehmer geben wird als jüngere. Daran knüpfen sich Erwartungen eines künftigen Arbeitskräftemangels (Fuchs 1999 sowie Fuchs in diesem Band), eines Rückgangs der Arbeitslosigkeit und notwendiger Veränderungen der Betriebsstrukturen (Deutscher Bundestag 2002; Enquete-Kommission „Demografischer Wandel“).

Mit der Alterung einher geht verständlicherweise eine anteilmäßige Zunahme von solchen Krankheiten, die im höheren Lebensalter auftreten, sowie eine starke Zunahme von älteren Menschen, die der Pflege bedürfen (Bickel 2001).

4 Vereinzelung

Schon zwischen den heutigen Generationen lassen sich gewaltige Unterschiede der Lebensverläufe feststellen, erst recht natürlich gegenüber früheren Generationen. Neben den durch Ehe und Familie normierten Lebenszyklus sind Lebensverläufe getreten, die durch Begriffe wie Vereinzelung oder Singularisierung, Pluralisierung und Polarisierung nur unzureichend gekennzeichnet sind und die – zusammen mit gehindertem Erwerbsverhalten – die „Normalbiographie“ selten werden lassen. Demografische Ursachen sind der Alterungsprozess der Bevölkerung, die Verlängerung der Bildungszeiten, das hohe Ausmaß von Scheidungen und Trennungen und die weitgehende Akzeptanz nichtehelicher Lebensformen (Engstler/Mening 2003: 23f.).

Im allgemeinen wird die Veränderung der Lebensverläufe negativ bewertet. So sah der österreichische Jugend- und Familiensoziologe Leopold Rosenmayr in der „Singularisierung“ eine „psychosoziale Vereinsamungstendenz“, die sich in individualisierten Gesellschaften bereits in der Herkunftsfamilie entwickelt und seine Fortsetzung im Erwachsenenleben als Alleinleben oder Alleinleben nach Trennung, Scheidung oder Verwitwung findet.

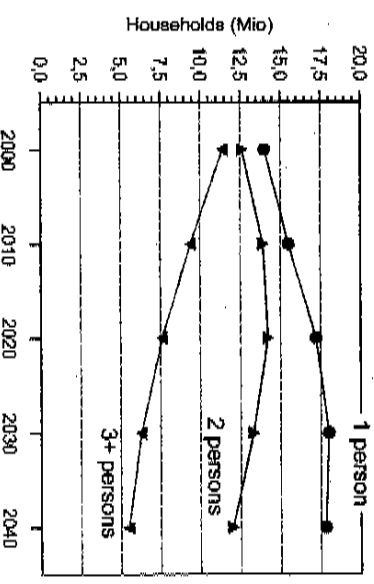
*Etwa 19 Prozent der Kinder [blieben] während ihrer gesamten Kindheit Einzelkindern. Die Hälfte der 6- bis 9-jährigen wächst mit einem Bruder oder einer Schwester im Haushalt auf, 31 Prozent leben mit zwei und mehr Geschwistern zusammen. Verglichen mit 1996 hat der Anteil geschwisterloser 6- bis 9-jähriger Kinder in

1 Bevölkerungsentwicklung in Deutschland

Westdeutschland um 1,3 Prozentpunkte, in Ostdeutschland um 1,4 Prozentpunkte zugenommen.“ (Engstler/Mening 2003: 28f.)

Im „golden age of marriage“ der Nachkriegsjahrzehnte gingen um neunzig Prozent eine Ehe ein, heute dagegen weniger als drei Viertel der Frauen und zwei Drittel der Männer. Das Erstheiratsalter stieg bei den Männern auf 31 Jahre, bei den Frauen auf 28 Jahre. Die Zahl von 19 Millionen Ehen (= 38 Millionen Verheiratete) wird sinken, der Anteil der Unverheirateten an der Bevölkerung steigen. Dies wird nicht ausgeglichen durch die nichtehelichen Lebensgemeinschaften, auch wenn ihre Zahl auf 2,1 Millionen, davon 29,5 Prozent mit Kindern, beträchtlich gestiegen ist und vermutlich noch zunimmt. „Die Hälfte aller ersten nichtehelichen Lebensgemeinschaften werden in eine Ehe überführt und knapp die Hälfte aller zweiten [...] Diese Partnerschaftsform [schein] eine Lebensform geworden zu sein und auch noch weiter zu werden, die merklich eine frühe Heirat im Lebensverlauf in den Hintergrund gedrängt hat“ (Lauterbach 1999: 303f.).

Abbildung 2: Haushalte nach Größe (Hullen 2003)



BfB-|ISt-WoJrJ_ |hAhnt03_sps 2090

Von den 39 Millionen Privathaushalten in Deutschland sind 37 Prozent Ein-Personen-Haushalte und 34 Prozent Zwei-Personen-Haushalte. Die durchschnittliche Zahl der Haushaltsmitglieder beträgt 2,14 (Ergebnisse des Mikrozensus 2002). Die Zunahme der Ein-Personen-Haushalte hat sich damit fortgesetzt. Im Jahr 1900 lebten gerade einmal 1,3 Prozent der Bevölkerung des Deutschen Reiches alleine. Ihre Haushalte machten 6,2 Prozent aller Haushalte aus.

1950 waren es im damaligen Bundesgebiet 6,5 Prozent der Bevölkerung in 19,4 Prozent der Haushalte, 1970 9,3 Prozent der Bevölkerung in 25,1 Prozent der Haushalte, und 1990 14,8 Prozent der Bevölkerung in 33,6 Prozent der Haushalte.

Modellrechnungen ergeben, dass im Jahr 2040 jeder zweite Haushalt von nur einer Person bewohnt werden wird (Hullen 2003; Abb. 2). Der Anteil der Zwei-Personen-Haushalte wird, bedingt durch die Bevölkerungsstruktur, in den nächsten zwei Jahrzehnten, ebenfalls noch wachsen (36 Prozent), danach aber auf unter dreißig Prozent abnehmen. Die durchschnittliche Haushaltsgröße wird auf unter zwei Personen zurückgehen – eine Größe, die übrigens heute schon in vielen Städten die Norm ist.

Die Familiengründung findet heute, wenn überhaupt, später statt. Vielfalt und Fluktuation kennzeichnen besonders die länger gewordene Phase zwischen dem Auszug aus dem Elternhaus und der Familiengründung. Im mittleren Lebensalter zeigt sich weiterhin eine starke Konzentration auf Paarhaushalte mit Kindern. Für das höhere Lebensalter konstatieren Familiensoziologen den Typus der „multikalen Mehr-Generationen-Familie“, wenn sich die Haushaltsgröße erneut verringert, es aber doch nicht zur Auflösung familiärer Beziehungen kommt (Schneider u.a. 1998).

5 Regionale Disparitäten

Entgegen den Erwartungen bzw. entgegen den Hoffnungen hat sich die Ost-West-Wanderung wieder verstärkt. Besonders die Kernstädte der Verdichtungs-westlichen Bundesländer. Eine rare Ausnahme ist das Umfeld Berlins. Hatten die der Wanderungssaldo bis zum Jahr 2001 auf nahezu 100 000 Personen (Mädling 2003; Abb. 4).

Vor allem die Jüngeren verliehen die neuen Länder. Einer Befragung von Männern und Frauen zufolge, die aus dem Freistaat Sachsen weggezogen waren, war jeder Zweite jünger als 30 Jahre. Hauptgründe des Fortzugs (40 Prozent) waren die Arbeitsaufnahme oder die Fortsetzung einer Tätigkeit am Zielort. An zweiter Stelle rangierte (15 Prozent) der Nachzug zum Ehepartner, gefolgt vom Wegzug der Befragten wegen besserer Verdienstmöglichkeiten. Somit waren bei der Hälfte aller Fortgezogenen Arbeitsmarktgründe ausschlaggebend (Statistisches Landesamt (Gabriele Köster) 2002).

Die Gegenüberstellung der Wanderungssalden und der Veränderung des BIP zeigt wie die Abwanderung wieder stieg, seitdem das Wirtschaftswachstum der neuen Länder nicht mehr über dem der alten Bundesländer lag (Mädling

1 Bevölkerungsentwicklung in Deutschland

2003; Abb. 3). Die negativen Folgen der Schrumpfung der Städte sind mit den Worten von Mädling:

„Schrumpfung produziert Wohnungsleerstände, sinkende Infrastrukturanfrage, Schließung von Einrichtungen, weite Wege, Verfall von Immobilienwerten, fehlende Fachkräfte – kurz: Attraktivitätsverlust. Zwar sind ökologische Entlastungen wahrscheinlich (nachlassender Städtungsdruck, sinkende Emissionen), aber diese allein werden die Abwärtsspirale kaum bremsen können [...] Politisch sieht Schrumpfung heute noch als Symbol für Misserfolg, unabhängig von den geringen Einflussmöglichkeiten der Kommunalpolitik. Da das deutsche kommunale Finanzsystem stark sensibel auf abnehmende Bevölkerungszahlen reagiert, wird auch finanziell die Handlungskraft der schrumpfenden Städte und Gemeinden laufend verringert“ (Mädling 2003a).

Mit dem Programm „Stadtumbau Ost“ wird unternommen, das Wohnen in den Städten wieder aufzuwerten und der Abwanderung nach Westen und in das städtische Umfeld (Suburbanisierung) entgegenzutreten. Schlüsselstrategien sind die dauerhafte Reduzierung der Angebotsüberhänge bei Mietwohnungen und zweitens die Intensivierung der Eigenumbildung in den Städten (vgl. Dick/Mädling 2002).

Abbildung 3: Ost-West-Wanderung und Wachstum des BIP (Mädling 2003)

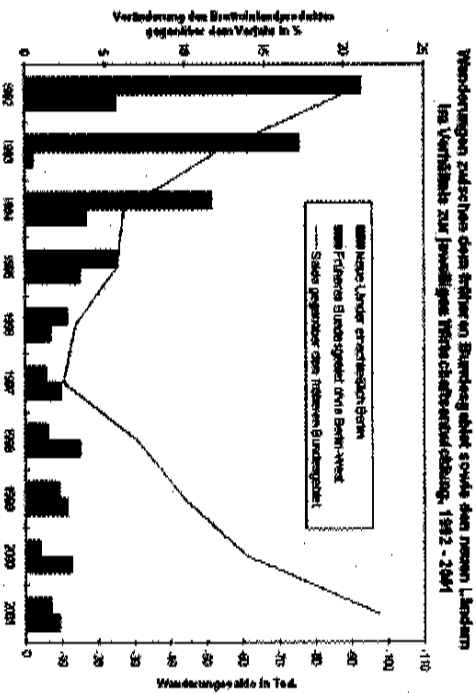
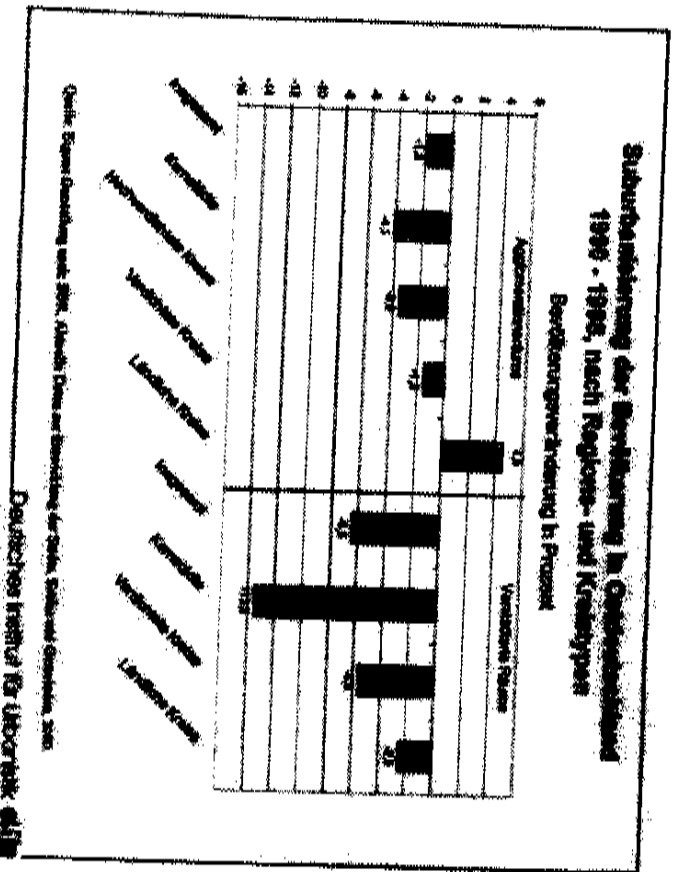


Abbildung 4: Bevölkerungsveränderung nach Regions- und Kreistypen (Mading 2003)



Literatur

- Bickel, Horst (2001): Demenzen im höheren Lebensalter: Schätzungen des Vorkommens und der Versorgungskosten. In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie, 34. Jg., H. 2: 108-115.
- Birg, Herwig (2001): Die demografische Zeitenwende: Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa. München.
- Birg, Herwig, (2003): Dynamik der demografischen Alterung, Bevölkerungsschrumpfung und Zuwanderung in Deutschland. Prognosen und Auswirkungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B20: 6-17.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2002): „Demografischer Wandel - Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“. Bänderbericht der Enquete-Kommission „Demografischer Wandel“. Heidelberg.

1 Bevölkerungsentwicklung in Deutschland

- Dick, Eugen; Mading, Heinrich (Hrsg.) (2002): Bevölkerungsschwund und Zuwanderungsdruck in den Regionen. Mit welchen Programmen antwortet die Politik? Ein Werkstattbericht. Münster.
- Bingstler, Heribert; Menning, Sonja (2003): Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Lebensformen, Familienstrukturen, wirtschaftliche Situation der Familien und familiendemografische Entwicklung in Deutschland. Berlin (erw. Neuaufll.)
- Europäische Kommission / Eurostat (Hrsg.) (2003): Europäische Sozialstatistik - Bevölkerung. Luxemburg (Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften).
- Fuchs, Johann (1999): Die langfristige Entwicklung des Arbeitskräftepotentials in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung demografischer Aspekte. Aus: Grünheid, Evelyn; Höhn, Charlotte (Hrsg.): Demografische Alterung und Wirtschaftswachstum. Seminar des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung 1998 in Bingen. Opladen. S. 69-88.
- Hullen, Gert (2003): Projections of Living Arrangements, Households and Family Structures. Aus: Hullen, Gert (Hrsg.): Living Arrangements and Households - Methods and Results of Demographic Projections. Lebensformen und Haushalte - Methoden und Ergebnisse demografischer Modellrechnungen. Wiesbaden. (=Materialien zur Bevölkerungsforschung, 109)
- Lauterbach, Wolfgang (1999): Die Dauer Nichtehelicher Lebensgemeinschaften. Alternative oder Vorphase zur Ehe? Aus: Klein, Thomas; Lauterbach, Wolfgang (Hrsg.): Nichteheliche Lebensgemeinschaften. Analysen zum Wandel partnerschaftlicher Lebensformen. Opladen. S. 269-307.
- Mading, Heinrich (2003): Schrumpfung als Herausforderung an eine künftige Stadtpolitik? In: Infoforum Stadt 2003, H. 10; <http://www.newsletter.stadt2030.de/essay10.shtml>.
- Mading, Heinrich (2003a): Zur Problematik der schrumpfenden Städte - Einführung in das Thema. Berlin; http://www.difu.de/index.shtml?/presse/030212_mading.shtml
- Schneider, Norbert F.; Rosenkranz, Doro; Limmer, Ruth (1998): Nichtkonventionelle Lebensformen. Entstehung, Entwicklung, Konsequenzen. Opladen.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2003): Bevölkerung Deutschlands bis 2050. Presseexemplar. Wiesbaden; http://www.destatis.de/presse/deutsch/bpk/2003/Bevoelkerung_2050.pdf
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Gabriele Krämer) (Hrsg.) (2002): Sächsische Wanderungsanalyse. Ergebnisse einer Befragung 2002 bei ehemaligen sächsischen Bürgern und Bürgern, die in der Zeit von Januar 2000 bis Juni 2001 in ein anderes Bundesland gezogen sind. Kamenz.